

Leben

Computer sollen vergessen lernen

Provokante Idee beim „Goodbye Privacy“-Symposium von Ars Electronica: Löscht die Daten!

Margarete Endl

Google weiß alles. Google weiß, welche Pornos sich Mensch X am 16. März 2002 hineinzog. Und welche Zeitung er am nächsten Tag las. Visa weiß alles. Visa weiß, in welchem Restaurant Person Y am 4. Juli 1999 dinierte. Und was für sündteure Schuhe sie drei Stunden vorher gekauft hatte. Google und Visa haben keine moralischen oder finanziellen Bedenken wegen Pornos oder Schuhen. Sie registrieren einfach die Daten. Das menschliche Gehirn ist gut im Vergessen, das elektronische merkt sich alles.

Mit dem Symposium „Goodbye Privacy“ hat das diesjährige Ars-Electronica-Festival in Linz auf den schlampigen Umgang mit der Privatheit aufmerksam gemacht. Eine Privatheit, die sich die Bürger jahrhundertlang erkämpft haben und jetzt bereitwillig aufgeben – indem sie ihre Urlaubsfotos auf ihren Websites veröffentlichen, ihre politische Meinung bloggen und



Schwarze Helikopter sind für US-Verschörfungsfanatiker ein Symbol der Überwachung durch die United Nations. Foto: K. Becker

ihre Partnerwünsche via Suchbörsen kundtun.

In dieser Wurschtigkeitsstimmung verstört eine Idee: „Gebt den Daten ein Verfallsdatum“, schlug der Informationsrechtsexperte Viktor Mayer-Schönberger

in Linz vor. Nach bestimmter, vorher festgelegter Zeit sollen sich bestimmte Daten selber löschen. Nutzer sollen bei jeder Dateneingabe festlegen, wie lange die Info gespeichert bleiben soll. Unternehmen

sollen per Gesetz verpflichtet werden, ihre Daten nach einer bestimmten Zeit zu entsorgen. So wie das menschliche Gehirn das Wesentliche vom Unwesentlichen filtert und die Flugdaten der Urlaubsreise nach Marokko vergisst, soll auch das Reisebüro sie vergessen.

„Ich nutze My Space, Google und Youtube. Ich werde von ihnen fast kontrolliert. Was sollen wir denn tun?“, fragte die TV-Reporterin Chloe Wilk den Professor. „Leistet Widerstand!“, riet Mayer-Schönberger. „Nicht gegen die Technologie an sich, sondern gegen die Mächte, die euch einreden, dass es mit der Privatheit aus und vorbei ist.“

Dem Staat traut Mayer-Schönberger den Datenmord nicht zu. Nur mündigen Bürgern. Sie setzten bereits Google unter Druck, als bekannt wurde, dass der Such-Riese jede einzelne Bewegung seiner Nutzer seit Beginn gespeichert hat. Nun hat Google zugesagt, die Daten nach 18 Monaten zu anonymisieren.

Karriere

● **Werner Leibbrandt (44)** gehört seit 1. September 2007 zum Top-Management von Microsoft Österreich. Als Chief Operating Officer wird Leibbrandt die strategische Ausrichtung und die Marketing-Aktivitäten des US-Software-Konzerns in Österreich steuern. Sein Vorgänger Franz Kühmayer wird zunächst ein Jahr Pause machen, bleibt aber Microsoft als Berater erhalten. Foto: Microsoft



● **Thomas Kicker (31)** ist neuer Bereichsleiter für Marketing bei der T-Mobile-Tochter Telering. Der Wirtschaftsuniversitätsabsolvent startete 1999 seine Karriere bei KPMG Consulting. Zwei Jahre später wechselte er zu A. T. Kearney in München. 2003 kam er zu T-Mobile, wo er bisher in der Strategie und im Vertrieb tätig war. Foto: T-Mobile Austria



● **Eva Adlbauer (27)** wurde zur Geschäftsführerin des neugegründeten IT-Beratungsunternehmens Frontworx Solution bestellt. Sie war zuletzt in der Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung bei BDO Auxilia Treuhand tätig. Die BWL-Absolventin soll die Konzernmutter Frontworx von Volker Knotz tatkräftig unterstützen, vor allem im Dokumenten-Management und der Prozessoptimierung. Foto: Frontworx



● **Martin Halama (43)** ist neuer Pressesprecher bei der Bank Austria Creditanstalt. Er leitete seit 2001 die Kommunikation beim Telekomanbieter UTA. Nach deren Übernahme durch Tele2 war er bis zuletzt Pressesprecher der Tele2UTA. Seine Nachfolge tritt **Jörg Wollmann** an. Der 36-Jährige kommt von der ÖBB. Davor war er bereits bei UTA im Marketing und in der Unternehmenskommunikation tätig. Foto: BA-CA, Tele2UTA



Viktor Mayer-Schönberger: „Spannend sind die Informationsflüsse vom Staat zum Bürger und vom Bürger zum Staat.“ Das Thema „Information und Macht“ bildet den roten Faden im Werk des Rechtsprofessors an der JFK School of Government der Harvard University.

Auch Behörden sind eifersüchtig

Margarete Endl

economy: Sie haben in Salzburg Jus studiert, als 20-Jähriger Ikarus Software gegründet und ein Antivirusprogramm entwickelt. Warum studierten Sie nicht Informatik?

Viktor Mayer-Schönberger: Mein Vater kaufte 1966 als Steuerberater in Zell am See den ersten Computer. Damals glaubten alle, dass er bald in Konkurs gehen würde. Doch der Computer arbeitete brav die halbe Nacht durch. Mit 14 begann ich zu programmieren. Aber mein Vater sagte: „Du wirst Steuerberater.“ Also studierte ich Jus.

Wie kamen Sie nach Harvard?
Ich habe mich beworben.

Und sind mit dem Flieger geflogen. Doch wie kam es dazu?

Ich machte meinen Master in Harvard und hatte bereits eine Stelle als Assistenzprofessor. Dann starb mein Vater, und ich kehrte nach Zell am See zurück, um die Kanzlei aufzulösen. Sechs Jahre später – ich war damals Halbtagsassistent in Wien

Steckbrief



Viktor Mayer-Schönberger ist Professor in Harvard.

Foto: rubra/Ars Electronica

– leitete mir ein Kollege eine Stellenausschreibung von der JFK School of Government der Harvard University weiter. Ich wurde zum Vorsingen eingeladen und bekam den Job.

In einem Ihrer Seminare fragten Sie die Studierenden, wie sich E-Government entwickeln wird. Wie würden Sie antworten?

E-Government wird als öffentliche Dienstleistung gesehen, die online erfolgt – wenn

ein Bürger einen neuen Pass online beantragt. Man könnte auch öffentliche Diskussionen oder eine Bürgerbeteiligung oder den Mechanismus des Wählens übers Internet abwickeln. Doch diese Sicht auf E-Government ist viel zu eindimensional.

Worum geht es noch?

Um die Informationsflüsse vom Bürger zum Staat und vom Staat zum Bürger, und um die Frage, wer sie steuert. Das passiert durch Individuen und Organisationen, die Macht haben und wissen, was sie tun müssen, um ihre Macht zu erhalten. Die Jammerei der Bürger, wenn unterschiedliche Behörden die gleichen Informationen einsammeln, entsteht aus ihrem Wunsch nach Effizienz. Das würde aber bedeuten, dass eine zentrale Datenbank errichtet wird, mit einem zentralen Zugriff auf Informationen. Das kann nicht im Interesse der Bürger sein.

Steht denn das Interesse der Bürger immer im Vordergrund?

Auch Organisationen haben Angst vor einer zentralen Da-

tenbank. Dann könnte eine Behörde auf die Daten der anderen zugreifen und mächtiger werden. Behörden definieren sich nicht darüber, wie viel Gewinn sie machen, sondern wie viele Leute sie haben, wie viel Budget, wie viele Informationen. Informationsflüsse haben immer mit Macht zu tun. Das sehen wir bei Studien über die Sozialstruktur. Leute, die eine Brücke zwischen zwei sozialen Netzen bauen können, verdienen mehr Geld und steigen schneller die Karriereleiter hoch. Weil sie Informationsflüsse zwischen den sozialen Netzen steuern können und damit Macht haben.

Wieso sind sie glücklicher?

Das sagen sie halt so. Im Vergleich zu anderen sind sie glücklicher, weil sie selbstbestimmter sind als jene, die nur Empfänger von Infos sind. Diese sozialen Komponenten zu verstehen ist wichtig für die Frage, warum E-Government funktioniert oder nicht. Viel wichtiger als die Frage, welche Server-Software verwendet wird.